Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 58 (1964)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : starre Fronten ; Abbruch des "schmutzigen Krieges?" ; Indien ohne Nehru ; Ist Jugoslawien sozialistisch? ; Erfahrungen in der DDR ; Vom sozialistischen Geist

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140903

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Starre Fronten Die Weltpolitik hätte gegenwärtig nichts nötiger, als daß endlich einmal kräftige Bewegung in sie hineinkäme. So viele lebenswichtige Fragen warten auf Lösung oder doch auf entschlossene Vorstöße in der Richtung auf eine befriedigende Lösung — und nirgends, mindestens nicht bei den Großmächten, haben die verantwortlichen Staatsmänner und Politiker, ob sie nun in der Regierung sitzen oder in der Opposition stehen, den Weitblick und den Mut, der zu solchen Vorstößen erforderlich ist. Man zögert immer, weicht aus, wartet zu und läßt die Dinge treiben, wie sie wollen — bis es vielleicht einmal zu spät ist, rettende Entscheidungen zu treffen.

Das gilt am meisten von den *Vereinigten Staaten*, deren grundverkehrte Außenpolitik, wie sie gleich nach Roosevelts Tod eingeleitet worden ist (wir haben es oft genug gesagt), die Behandlung der großen Weltfragen ganz allgemein auf ein falsches Gleis geschoben hat und nun aus dieser Bahn anscheinend nicht mehr herauskommt. Versuche dazu sind, nicht zuletzt unter Kennedy, in Washington immer wieder gemacht worden, aber es ist bisher eben auch immer wieder beim Versuch geblieben. Und auch Präsident Johnson wagt nicht, diesen Lähmungszustand zu überwinden, doppelt nicht in diesem Wahljahr, obschon die Gefahr, daß das plump reaktionäre Abenteurertum eines Barry Goldwater und seiner Parteigänger wirklichen Einfluß auf die Politik der USA gewinnt, am sichersten durch eine mutige, klare Friedenspolitik der gegenwärtigen Regierung abgewehrt werden kann.

Einen schüchternen Anlauf zu einer dauerhaften Verständigung mit der *Sowjetunion* — von der ja auch für alle anderen großen Fragen der Weltpolitik Entscheidendes abhängt — hat die amerikanische Regierung kürzlich immerhin unternommen, indem sie mit Moskau ein Abkommen über die Errichtung russischer Konsulate in den Vereinigten Staaten und amerikanischer Konsulate in der Sowjetunion traf. Aber so nützlich das auch sein mag — mehr als eine entspannende *Gebärde* ist es eben doch nicht. Und ob Johnsons Rede vom 23. Mai, in der er einen amerikanischen «Brückenschlag nach Osteuropa» ankündigte, wirklich mehr als das ist, das ist keineswegs sicher. Dies schon darum nicht, weil Johnson offenbar nicht an eine Anerkennung der Staatsgrenzen und Machtverhältnisse denkt, wie sie aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen sind, sondern im Gegenteil «die Wiederherstellung Europas in seinen geschichtlichen Grenzen» als das Ziel der Vereinigten Staaten bezeichnet hat, also die schon immer verlangte Zurückwerfung der Sowjetunion auf ihren Bestand von 1939 oder gar 1917 mit den entsprechenden Veränderungen

auch im Bestand ihrer Gefolgsstaaten fordert. Er will dieses Ziel nur «nicht durch eine plötzliche Regelung oder eine dramatische Handlung» erreichen, sondern dadurch, daß der Westen die «langsame Bekräftigung der nationalen Persönlichkeit der Länder Osteuropas» fördert, das heißt — aus der verhüllenden Diplomatensprache übersetzt — die allmähliche Losreißung Polens, der DDR, der Tschechoslowakei, Ungarns, Bulgariens und Rumäniens vom Sowjetblock begünstigt. Die Zeit dafür, so glaubt man in Washington, reife rasch heran; in den osteuropäischen Ländern seien ermutigende Zeichen einer Auflehnung gegen Moskau — etwa im Sinne der jugoslawischen Politik — bemerkbar, und der Konflikt zwischen der Sowjetunion und China könne diese Selbständigkeitsregungen innerhalb des Ostlagers nur ermutigen. Kurz, die Zersetzung des Sowjetblocks, die Herüberziehung der mittel- und osteuropäischen Volksrepubliken ins Westlager und die Durchdringung der kommunistisch regierten Länder Europas mit «freiheitlichem», das heißt kapitalistisch-bürgerlichem Geist — das ist die große Hoffnung, von der die amerikanische Osteuropapolitik getragen wird.

Wenn *das* noch Verständigungs- und Friedenspolitik sein soll, dann haben die Worte und Begriffe ihren Sinn verloren. Es ist einfach Fortsetzung des Kalten Krieges und der alten gegenrevolutionären Linie der amerikanischen Politik mit anderen, vermeintlich zweckmäßigeren Mitteln, vor allem unter Vermeidung einer offenen militärischen Machtprobe zwischen beiden Machtlagern. Man begreift unter diesen Umständen, daß Johnson dem radikalen Antikommunismus Goldwaters keine von Grund auf verschiedene Politik — eine Politik des friedlichen Nebeneinanderbestehens von kapitalistischer und kommunistischer Welt — entgegensetzen kann. Der Senator aus Arizona bezeichnete gerade am letzten Sonntag wieder den Gedanken einer friedlichen Koexistenz mit den kommunistischen Staaten als lebensgefährliche Täuschung. Nur wenn die «freie Welt» fortfahre, «die Führer des kommunistischen Imperialismus daran zu hindern, die Weltherrschaft zu errichten», würden die von den östlichen Regierungen unterdrückten Völker ihre Selbstbestimmung zurückgewinnen und die «besseren Elemente» unter ihnen obenauf kommen. Was ist das viel anderes, als was Johnson auch erstrebt — abgesehen davon, daß er behutsamer vorgehen und es nicht auf einen Zusammenprall der beiden Machtblöcke ankommen lassen will?

Aber auch das geht den *westdeutschen* Scharfmachern schon viel zu weit. Unter ihrem Einfluß hat die Bonner Regierung einen Aktionsplan ausgearbeitet, der die Westmächte in aller Form auf eine Ablehnung aller «Entspannungsbemühungen» festlegen will, die die bekannten, weitgesteckten Ziele der Bonner Ostpolitik gefährden könnten, der aber seinerseits die Gefahr in sich schließt, daß die Weststaaten durch ein eigenmächtiges Vorprellen der Bundesrepublik doch in eine gewaltmäßige Auseinandersetzung mit dem Sowjetblock hin-

eingezogen würden. Sowohl in Washington als in London ist dieser Plan auf deutliche, wenn auch schonende Ablehnung gestoßen, und auch in Paris will man davon im Ernst nichts wissen, widerspricht er doch allzusehr den Vorstellungen, die General de Gaulle von dem künftigen Europa und der Rolle Frankreichs in ihm hat. Aber man kann sicher sein, daß die Bonner Regierung in der Verfechtung ihrer Umsturzpläne für Osteuropa nicht nachlassen wird; Erhard, Schröder und Strauß weilen ja eben in diesen Tagen in Washington und bearbeiten die politischen und militärischen Führer der USA tüchtig in ihrem Sinn. Nur konnten sie offenbar bisher die Amerikaner nicht davon überzeugen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands (durch schlichte Angliederung der DDR an die Bundesrepublik) die Voraussetzung für eine allgemeine west-östliche Verständigung sei, hält man doch in Washington mit Recht daran fest, daß umgekehrt erst eine Entspannung zwischen Ost- und Westblock auch die deutsche Wiedervereinigung ermöglichen würde — freilich nicht durch Vorschiebung der Grenzen der Bundesrepublik bis zur Oder und Neiße, sondern durch Gewährleistung der Sicherheit und ungestörten Entwicklung der osteuropäischen Länder.

Eine gewisse Hemmung wird Bonn wohl auch von einer künftigen britischen Labourregierung erfahren; Harold Wilson hat bei seinem jüngsten Besuch in Moskau bei aller Betonung seiner Treue zum Bündnis mit Amerika doch klargemacht, daß die Labourführung für neue, planmäßige Verhandlungen mit der Sowjetunion — sogar für alljährliche Gipfelkonferenzen — ist und dabei vor allem einmal an die Verhinderung weiterer atomarer Rüstungen (zum Beispiel durch westdeutsche Mitsprache innerhalb einer «vielseitigen» westlichen Kernwaffenstreitmacht) und an das «Einfrieren» der atomaren Rüstungen in Mitteleuropa (nach polnischem Vorschlag) denkt. Allein es ist sehr zu befürchten, daß die amerikanische Regierung auf die Länge dem westdeutschen Drängen dennoch nicht den entschlossenen Widerstand entgegensetzt, der endlich einmal nötig wäre, mindestens nicht, solange Präsident Johnson seinen Wahlsieg nicht unbezweifelbar in der Tasche hat. Und was nachher wird, das wissen nicht einmal die Götter. Franz Josef Strauß wartet jedenfalls weiterhin auf seine Stunde — und hinter ihm stehen nicht nur mächtige wirtschaftliche und politische Kräfte, sondern auch breite westdeutsche Bevölkerungsschichten, die mit Begeisterung eine neue draufgängerische «Politik der Stärke» gegen den Osten mitmachen würden. Die sanfte Art und Weise, wie Bundeskanzler Erhard seinen Verkehrsminister Seebohm und dessen Berufung auf die «Rechtmäßigkeit» der Annexion des sogenannten Sudetenlandes durch Hitler «zurechtgewiesen» hat, zeigt ja genügend deutlich an, was man von diesem «Gummilöwen» zu gewärtigen hat, wenn einmal wieder der teutonische Volkszorn so richtig entfesselt sein wird . . .

Abbruch des «schmutzigen Krieges?» Die Scheu der Washingtoner Regierung vor «radikalen» Entschlüssen bestimmt nach wie vor auch ihre Haltung gegenüber *Südostasien*. Die Entwicklung der Dinge in *Südvietnam* wie in *Laos* und *Kambodscha* — in diesem Raum hängt ja alles irgendwie zusammen — hat sich in den vergangenen Wochen für die Vereinigten Staaten immer bedenklicher zugespitzt. Der Staatsstreich der amerikahörigen Politiker und Militärs der Rechten hat in Laos nur die Linke zu einem militärischen Gegenangriff herausgefordert und die schwankenden Neutralisten unter Souvanna Phouma um viel Ansehen im Volk gebracht. Gleichzeitig wächst in den USA die Erkenntnis, daß der «schmutzige Krieg» in Südvietnam, wenn überhaupt, so mindestens mit den bisher eingesetzten Mitteln nicht gewonnen werden kann. Von Kambodscha aus wird darum mit steigendem Nachdruck und mit zunehmender Unterstützung von seiten Frankreichs und der Sowjetunion eine politische Lösung der Indochinafrage auf dem Boden einer neuen internationalen Konferenz gefordert. Was soll da also geschehen?

Daß es mit der Kriegführung der südvietnamesischen Regierung und ihrer amerikanischen Verbündeten gegen die «Kommunisten» bitterbös steht, pfeifen längst die Spatzen vom Dach. Ein amerikanischer Schriftsteller und Journalist mit militärischer Erfahrung, Robert L. Moore, der vier Monate lang das Leben an der Front mit den Regierungstruppen und den amerikanischen «Beratern» geteilt hat, erklärt in «US News & World Report» (18. Mai) rundheraus, im bisherigen Stil könne der Kampf gegen die Aufständischen einfach nicht mehr weitergehen. Die südvietnamesischen Offiziere und Soldaten seien feig und hätten keinerlei ernsten Siegeswillen; im Lager der Regierungstruppen herrschten Unfähigkeit, Geldgier, Bestechlichkeit und Betrügerei wie nur je, und der amerikanische Wehrmachtminister McNamara habe offenbar überhaupt keine Ahnung von den unmöglichen Bedingungen, unter denen der Krieg gegen den Vietcong geführt werde. «Nie zuvor haben so viele vietnamesische Offiziere und Beamte so gut in einer so gedeihenden Wirtschaft gelebt, in die täglich eine Dosis von fast zwei Millionen Dollar amerikanischen Geldes eingespritzt wird.» Aller Nachschub von USA-Kriegsmaterial sei vergeblich, solange diese Zustände andauerten, meint Mr. Moore; von einer Behauptung der Dörfer, die die Regierungstruppen einmal erobert hätten, könne keine Rede sein, weil die Fahnenflucht im Regierungslager zunehme und die vietnamesischen Soldaten nicht den Mut hätten, bei Nacht zu patrouillieren und die Bewohner vor den Todesdrohungen und Folterungen der Rebellen zu schützen. «Die einzig wirklichkeitsgemäße Lösung, die die meisten Amerikaner in Vietnam sehen, besteht darin, daß die Vereinigten Staaten die Leitung der Kriegsoperationen dem luxusliebenden, staatsstreich-lüsternen, verlustscheuen vietnamesischen Offizierskorps solang wegnehmen, bis es die

Führungseigenschaften entwickeln kann, die für die Gewinnung des Krieges nötig sind. Wenn wir die Operationsleitung nicht selbst in die Hand nehmen, vergeuden wir nur Menschenleben und Geld in einem hoffnungslosen Auf-der-Stelle-Treten.»

Kein Wunder, daß viele und einflußreiche Amerikaner die Zukunft Südostasiens in den schwärzesten Farben sehen. Joseph Alsop, einer der meistgelesenen Journalisten in den Vereinigten Staaten, malt in der «New York Herald Tribune» (23./24. Mai) bereits so etwas wie eine politische Weltkatastrophe an die Wand für den Fall, daß die USA den Krieg in Südvietnam verlieren sollten. Ganz Südostasien, so sagt er voraus, werde dann «ein Gebiet vorherrschenden kommunistischen Einflusses — und noch dazu chinesisch-kommunistischen Einflusses! Einige Staaten, wie Laos, Vietnam und wahrscheinlich Kambodscha, werden formell in den kommunistischen Block, chinesische Abteilung, eingegliedert werden. Andere, wie Thailand, werden versuchen, sich durch Neutralismus zu retten, obwohl mit nur geringer Hoffnung auf Erfolg auf lange Sicht. Andere, wie Malaysia, werden schnell umgestürzt werden mit scheußlichen, jedoch nicht genau vorauszusagenden Ergebnissen. Und das ist vielleicht noch ernster: Japan wird sich dem Neutralismus nähern; die Philippinen werden noch weiter als Japan gehen; Südkorea wird aufgewühlt, und Formosa mag sehr wohl ganz vernichtet werden. Die amerikanischen Stützpunkte jenseits des Pazifik auf Okinawa, in Subic Bay und anderswo werden in diesem Vorgang verlorengehen.

Alles zusammengenommen werden die Vereinigten Staaten als eine pazifische Macht verdrängt, die amerikanischen Menschenopfer auf dem Strand von Iwo Jima und Tarawa werden umsonst gewesen sein, und wir werden nach Hawaii zurückgedrängt. Zur selben Zeit wird sich das Gebiet effektiver kommunistischer Machtausübung in einem großen Keil nach Süden bis in die australischen Gewässer vorschieben.

Nach einer solchen Katastrophe würde kein Mensch bei klarem Verstand noch 5 Cents für die Zukunft des gegenwärtigen Regimes in *Indien* wetten oder eine schließliche Stabilisierung in *Afrika* erwarten. Selbst die Position Amerikas als atlantische Macht wird schwerwiegend unterminiert werden.»

Ähnlich düstere Prophezeiungen gibt die wackere «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2466) in einem Leitartikel über den «westlichen Existenzkampf in Südostasien» von sich, um die Führer der «freien Welt» an ihre Pflicht zu mahnen, Asien vor dem Zugriff des kommunistischen Ungeheuers zu retten. Wobei nur daran zu erinnern ist, daß wie überall, so auch in Südostasien der Kommunismus *als Diktaturregime* nur Erfolgsaussichten hat, wenn keine andere Möglichkeit mehr übrig bleibt, die unterentwickelten, von den «freien Nationen» jahrhundertelang ausgebeuteten Völker auf eine menschenwürdige Stufe zu heben, wenn also der Kommunismus *als Bringer sozialer Befreiung und wirtschaftlicher Modernisierung* auftreten muß.

Daß man an leitender Stelle in den Vereinigten Staaten soweit denkt, dafür liegt freilich keinerlei Anzeichen vor. Man muß schon zufrieden sein, daß wenigstens die Ausdehnung des südvietnamesischen Kriegs auf Nordvietnam vorderhand nicht ins Auge gefaßt wird, entgegen dem Drängen militärischer und politischer Draufgänger und auch entgegen dem Rat Joseph Alsops, Nordvietnam durch Verminung seiner Häfen und die Zerstörung einer kleinen Anzahl von Straßen und Eisenbahnlinien aus China zu blockieren. Ein strategischer Luftangriff könne dann «nacheinander die militärischen Einrichtungen, das innere Verkehrssystem und selbst die Bewässerungsanlagen zerstören». Das steht offenbar nicht auf dem Programm Johnsons, der einfach die Weiterführung des «Kampfes für die Freiheit» in Südvietnam verkündet, gleichzeitig aber auch den Ausweg aus der unhaltbaren Lage in Südostasien wenigstens durch eine *Konferenz über Laos* sucht, die ihrerseits die Vorläuferin einer allgemeinen Indochina-Konferenz sein könnte, wie von den verschiedensten Seiten vorgeschlagen wird. Ob das dann wirklich zum Abbruch des «schmutzigen Krieges» in Südvietnam, zur Neutralisierung von Vietnam, Laos und Kambodscha und zum Rückzug Amerikas aus Südostasien führt, ist heute noch mehr als zweifelhaft. Notwendig wird dieser Rückzug früher oder später auf jeden Fall werden, und als positive Ergänzung dazu wird China in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen werden müssen, deren Mehrheit immer noch — ein wahrer Hohn auf die Wirklichkeit — an der Vorgabe festhält, der wahre und rechtmäßige Vertreter der 700 Millionen Chinesen im Sicherheitsrat sei Tschiang Kai-scheks Formosastaat . . .

Indien ohne Nehru Die soziale Umwälzung, der Südostasien auf jeden Fall entgegengeht, was für eine Gestalt sie auch annehmen mag, wird ihren Einfluß zweifellos auch auf *Indien* ausüben. Dies um so mehr, als der *Tod Nehrus* Indien vor neue, schwerste Aufgaben stellt.

Mit all seinen Schwächen und Irrtümern bleibt Jawaharlal Nehru ein Staatsmann von überlebensgroßem Maß, der seinesgleichen in diesem Zeitalter politischer Zwerge (um es nicht schärfer zu sagen) weit überragt. Ihm vor allem, neben Gandhi, verdankt Indien seine Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft, so starke Kräfte sachlicher Art, auch von englischer Seite her, dazu beigetragen haben. Was Nehru aber nicht beschieden war, das war die sichere Führung seines Volkes auf den Weg der wirtschaftlichen Revolution und geistigen Erneuerung, deren Indien so dringend bedarf. Gewiß, Nehru war Sozialist, und er flößte seinen Willen zu einer *völligen gesellschaftlichen Neugestaltung Indiens* einer ganzen Generation von Wirtschaftsplanern und Reformatoren ein. Aber schon die Aufgabe selbst, an die er herantrat, war angesichts der unglaublichen Rückständigkeit Indiens und der entsetzlichen Not seiner Volksmassen so riesengroß, daß

Menschenkräfte zu ihrer Bewältigung überhaupt nicht auszureichen vermögen. Dazu kam dann, daß auch die Mittel und Wege, für die sich Nehru und seine Mitarbeiter entschieden, um ihr Ziel zu erreichen, weithin ganz unzulänglich waren und sind. Man urteile nach den Ergebnissen!

Indien steht heute mitten in der Durchführung seines dritten Fünfjahrplanes, der seinerseits nur den ersten Abschnitt einer Zeitspanne von 15 Jahren darstellt, an deren Ende (1975) das indische Volk «ein gutes Leben» mit genügender Verbrauchsgüterversorgung haben soll. Auch wenn alles gut geht, wird dann das Jahreseinkommen je Kopf, das jetzt 60 Dollar beträgt, immer noch erst 100 Dollar (430 Franken) ausmachen. Aber es geht eben nicht alles gut. Die Gesamterzeugung der indischen Wirtschaft soll durch den dritten Fünfjahrplan um 30 Prozent erhöht werden; in den beiden ersten Jahren des Planes ist sie aber nur um zusammen 5 Prozent gestiegen, also um 2,5 Prozent jährlich. Gleichzeitig hat sich auch die Bevölkerung jährlich um 2,5 Prozent vermehrt, so daß also das Einkommen je Kopf tatsächlich gleichgeblieben ist. Die landwirtschaftliche Erzeugung ist in den beiden ersten Planjahren gleichgeblieben, statt um je 6 Prozent zu wachsen. Die Industrieproduktion, die bis zum Planende um 70 Prozent höher sein soll als am Anfang, hat bisher nur um 15 Prozent zugenommen. Und so könnten noch weitere bedenkliche Ergebnisse der «Planerfüllung» verzeichnet werden.

Welche Summe von Elend und Not hinter diesen trockenen Zahlen steht, läßt sich überhaupt nicht ausdenken. Indien hat heute jedenfalls 4 bis 4½ Millionen mehr offen Arbeitslose als 1951. Die Wohnungsnot wird schon wegen der Bevölkerungszunahme immer ärger. Von Kalkutta berichtet ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung» über eine ungeheure Menge Obdachloser; daß ihre Zahl in die Hunderttausende gehe, werde von niemandem bestritten. Aus anderen Quellen erfährt man, daß in den indischen Großstädten täglich Hunderte von Menschen hilflos auf der Straße sterben.

Wo die Ursachen dieses Versagens aller Planungsbemühungen liegen, sei hier nicht im einzelnen erörtert. Auf *eine* Ursache weist immerhin Paul Johnson im «New Statesman» (1. Juni 1962) hin: die Vernachlässigung der öffentlichen Erziehung und Schulung. «Obwohl nun ungefähr 20 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben können, beschränken sich diese Kenntnisse vor allem auf die städtische Bevölkerung. Aber es sind die Bewohner der 570 000 indischen Dörfer, die eine Erweiterung ihres Horizontes durch Lesen und Schreiben bitter notwendig haben, wenn sie die starren Lebensformen durchbrechen sollen, die durch Jahrtausende des Daseins an der Hungergrenze geschaffen wurden.»

Noch wichtiger als die Unwissenheit des Volkes ist wohl freilich der Widerstand oder doch die Gleichgültigkeit, die die junge indische Kapitalistenklasse aller sozialistischen Planungsarbeit entgegensetzt.

Sie war es in erster Linie, die von der Notwendigkeit einer wurzelhaften Umgestaltung von Indiens Wirtschaft und Gesellschaft mit Erfolg ablenkte, indem sie eine wilde nationalistische Hetze gegen die *Chinesen* entfachte. Und Nehru trat diesem Treiben mindestens nicht kräftig genug entgegen, obwohl er sich darüber klar sein mußte, daß die chinesischen Grenzforderungen im Nordostabschnitt Indiens einwandfrei berechtigt waren, und daß die von China beanspruchte Nordwestecke für Indien wegen ihrer Unwirtlichkeit ganz wertlos, für China aber als Verbindungsstück zwischen dem Osten und Tibet einerseits, den westlichsten Landesteilen anderseits unentbehrlich geworden ist. Daß Nehru hier versagt hat, ist wohl seine verhängnisvollste Fehlleistung; sie wird für Indien, das zu einer «richtigen» Militärmacht werden will, bittere Folgen haben. Trotz gegenteiligen Versicherungen des neuen Ministerpräsidenten *Shastri* ist es eben gar nicht ausgeschlossen, daß Indien durch seine Feindschaft mit China mehr und mehr ins Lager der Westmächte (und der Sowjetunion) abgedrängt wird und so eine Hauptstütze von Nehrus neutralistischer Außenpolitik zusammenbricht.

Anderseits erhebt sich aber immer wieder die Frage, ob auf dem vermeintlich demokratischen Weg, der unter Nehru eingeschlagen wurde, Indien wirklich zu einem modernen, vollentwickelten, von Armut, Not und Unwissenheit befreiten Land werden kann. Viele Inder sind überzeugt, daß in einem schwer unterentwickelten Land auf dem Boden des Kapitalismus keine politische Demokratie möglich ist, und das chinesische Beispiel scheint ihnen zu beweisen, daß zuerst einmal unter zentraler Führung, mit einem diktatorischen Regime, Hunger, Massensterben und geistige Rückständigkeit überwunden werden müssen, bevor Selbstregierung des Volkes und politische Freiheitsrechte wirksam werden können, die für die große Masse eines verelendeten Volkes von 400 Millionen bisher so gut wie nichts bedeutet haben.

Ist Jugoslawien sozialistisch? Vor die Frage nach dem richtigen Weg zum Sozialismus sieht sich längst auch *Jugoslawien* gestellt. Als Sonderdruck von Aufsätzen, die in der Pekinger «Volkszeitung» und der theoretischen Zeitschrift «Rote Fahne» erschienen sind, verbreitet das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas eine kleine Schrift, die geradezu den Titel trägt: «Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?» und, wie man erwarten konnte, auf diese Frage mit einem uneingeschränkten Nein antwortet. Ihr Gedankengang ist — ganz kurz zusammengefaßt — ungefähr der folgende:

In Jugoslawien gibt es immer mehr Privatkapital und immer mehr Privatunternehmungen, und die «Tito-Clique» geht planmäßig darauf aus, diese Entwicklung zu fördern, also dem Aufbau des Sozialismus entgegenzuarbeiten. Bereits gibt es dort über 115 000 private Gewerbe-

betriebe, aber die Eigentümer sind vielfach nicht etwa Handwerker, sondern typische Privatkapitalisten, die bis 500 oder 5000 Arbeiter beschäftigen. Gleichzeitig ist die Kollektivierung der Landwirtschaft fast gänzlich rückgängig gemacht worden. Von den 6000 landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, die es 1953 gab, sind im Jahr 1960 nur noch 147 übrig geblieben. «Die Dörfer Jugoslawiens sind im Meer der Einzelwirtschaft untergetaucht.» Und zwar nehmen dabei die mittleren und großen Bauernbetriebe den Hauptplatz ein, während die Kleinbetriebe mehr und mehr an die Wand gedrückt werden.

Die vielgerühmte Verwaltung der Industriebetriebe durch die Arbeiter und Angestellten selbst — so sagen die Chinesen — ist nur Schein — diese Unternehmungen sind tatsächlich in der Hand der «neuen bürokratischen Kompradorenbourgeoisie» — und die nimmt dem Personal den weitaus größten Teil der Erträge ab. Die einheitliche Wirtschaftsplanung durch den Staat ist völlig aufgegeben. Profitmachen ist zum Hauptanreiz der Wirtschaftstätigkeit geworden. Die «freie Konkurrenz» nach kapitalistischem Muster beherrscht durchaus das Feld. Das Ergebnis ist Anarchie, Schließung vieler Betriebe, zunehmende Arbeitslosigkeit, Spekulation, Preistreiberei und Korruption. Jugoslawien ist so zu einem Bestandteil des Weltmarktes des westlichen Monopolkapitals geworden, zu einem Anhängsel des von Amerika geführten Imperialismus. Und die Schlußfolgerung: Die Wiederherstellung des Kapitalismus in Jugoslawien muß den Sozialisten der ganzen Welt die Augen öffnen und «das Volk in die Lage versetzen, noch deutlicher die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Kampfes gegen den modernen Revisionismus zu erkennen».

Was ist zu diesen schweren Anklagen und der darauf aufgebauten dringenden Warnung der Chinesen vor der Nachahmung des jugoslawischen Beispiels zu sagen? Daß im Gewerbe und besonders in der Landwirtschaft Jugoslawiens der Privatbetrieb wieder sehr überhand genommen hat, ist nicht zu bestreiten. Die Frage ist aber, welche Bedeutung dieser Erscheinung im Ganzen der jugoslawischen Volkswirtschaft zukommt. Und da kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß das Gewicht dieser beiden Wirtschaftszweige, bezogen auf die wirtschaftliche Gesamttätigkeit, recht gering ist und immer geringer wird, je stärker sich die Industrieproduktion entfaltet. Hier aber herrschen unbedingt *sozialistische* Produktionsformen vor. Wie Paul Sweezy in der Neuyorker «Monthly Review» (März 1964) feststellt: Die grundlegenden Produktionsmittel sind Gemeineigentum; der Wirtschaftsertrag fließt nicht privaten Unternehmern zu, sondern wird unter der Aufsicht des Staates teils dem Verbrauch zugeführt, teils für Neuanlage von Kapital verwendet. Die Wachstumsrate der jugoslawischen Wirtschaft ist so eine der höchsten in der Welt geworden. Wir haben es jedenfalls in Jugoslawien nicht mit einer kapitalistischen, sondern mit einer sozialistischen Wirtschaft zu tun.

Aber — so fügt Dr. Sweezy hinzu — der jugoslawische Sozialis-

mus ist in großer Gefahr, *sein innerstes Wesen, seine Seele, zu verlieren.* Für die Leiter und Träger der jugoslawischen Wirtschaft stehen nicht mehr die sozialistischen Ideale von Gemeinwohl, Solidarität, gegenseitiger Hilfe im Vordergrund; das Ideal ist jetzt: Produzieren, produzieren, immer mehr produzieren! Und der *Antrieb* zu höchsten Produktionsleistungen kommt nicht mehr aus sozialistischer Gesinnung und Sittlichkeit, sondern aus reinem Eigennutz, der, wie es schon die klassische Wirtschaftslehre des Kapitalismus verkündete, mit «unsichtbarer Hand» auch den höchsten Nutzen der Gesamtheit herbeiführe. Die zentrale Wirtschaftsplanung beschränkt sich großenteils darauf, die Höhe und die Zuteilung der Kapitalanlagen festzusetzen, überläßt es aber den einzelnen Unternehmungen, auf dem Boden einer freien Markt- und Konkurrenzwirtschaft die Arten und Mengen derjenigen Güter herzustellen, die den größten Gewinn versprechen. Die Unternehmung sorgt sich nicht um Planerfüllung, sondern vor allem um den *Profit,* den sie machen kann. Jeder einzelne, der in dieses Getriebe gerät, «wird notwendigerweise in seinem Denken und in seiner Sittlichkeit von der Logik des Profitmachens beherrscht. Und eine Gesellschaft, in der fast ein jeder in eine solche Lage versetzt ist — Einzelbauern und Handwerker sind keine Ausnahmen —, ist kein Mensch mehr, für den sozialistische Ideale und Werte noch irgendwelche Bedeutung oder Sinn haben.»

Das alles ergibt nicht nur «ein Wirtschaftssystem, in dem die Ziele und Antriebe des einzelnen von denen des Kapitalismus nicht zu unterscheiden sind»; es verdirbt und entmannt auch *politisch* die Arbeiterschaft. Das sehen auch aufmerksame bürgerliche Beobachter des jugoslawischen Lebens. In der «Nationalzeitung» (25. Mai 1964) schreibt beispielsweise W. Bretholz, die Zurückdrängung des Politischen bekunde sich ganz deutlich «in der Lockerung der Parteimoral und in dem ständig sinkenden Interesse an der Parteiarbeit . . . sowie in der völligen Gleichgültigkeit, besonders der Jugendlichen, gegenüber allem, was die Partei, ihre Geschichte, ihre ‚Helden' und ‚Heldentaten' betrifft». Und nicht allein gegenüber der Partei zeigen sich die Jugoslawen weithin gleichgültig; sie gehen überhaupt mehr und mehr in ihrem privaten Lebenskreis auf, dem einzigen, der ihnen etwas bedeutet.

Mit diesen Feststellungen ist keineswegs gesagt, daß in Jugoslawien der Kapitalismus wiederhergestellt und das Land zum Anhängsel des westlichen Imperialismus geworden sei. Aber Paul Sweezy hat dennoch sehr recht, wenn er findet, daß der verhängnisvolle Schritt in Jugoslawien damals getan wurde, als beschlossen wurde, das Profitmachen als Hauptantrieb der Wirtschaftstätigkeit wiedereinzuführen. «Ohne die Einrichtung des Privateigentums ist Profitproduktion noch nicht Kapitalismus. Aber sie erzeugt unvermeidlicherweise kapitalistische Denkweise und kapitalistische Sittlichkeit und schwächt, ja zerstört schließlich die Hindernisse auf dem Weg der

Aneignung der Befugnisse und Vorrechte des Privateigentums durch eine wirtschaftliche Führerschicht. Die Lehre, die sich jeder Sozialist zu Herzen nehmen und nie zu wiederholen müde werden sollte, ist klar: Es ist notwendig, nicht nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen, sondern auch die Produktion zum Zweck des Profits. Hütet euch vor der Marktwirtschaft; sie ist die Geheimwaffe des Kapitalismus! Allumfassende Planung (für das Gemeinwohl. H. K.) ist Kern und Stern des echten Sozialismus!»

Erfahrungen in der DDR Das mögen sich vor allem die sozialistischen Parteien und Bewegungen in den *kapitalistischen* Ländern gesagt sein lassen. Für sie ist die Versuchung ja besonders groß, mit der scheinbar so erfolgreichen «freien Marktwirtschaft» zu paktieren, auch wenn sie «grundsätzlich» Gemeinbesitz an den entscheidenden Wirtschaftsmitteln und Planwirtschaft im Dienste des Volksganzen fordern. Die westdeutsche Sozialdemokratie ist dieser Versuchung nur zu willig erlegen, redet doch ihr neues Programm offen von «freier Unternehmerinitiative» und «freiem Wettbewerb» als Grundlagen und Mitteln einer «freiheitlichen Wirtschaftspolitik», bei aller Anerkennung der Tatsache, daß «Marktwirtschaft *nicht automatisch* funktionieren kann». Aber auch andere sozialdemokratische Parteien, so diejenige der Schweiz, finden sich mindestens in der Praxis mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise ohne viel Beschwerden ab, ganz zu schweigen von den Gewerkschaften, die — mit Ausnahmen — sowieso nicht auf dem Boden des Sozialismus stehen.

Aber die Mahnung: «Hütet euch vor der Marktwirtschaft!» gilt auch den sich zum *Sozialismus* bekennenden Staaten und den sie regierenden Parteien. Da muß man wieder den Chinesen zustimmen, die in der von uns angeführten Schrift warnen: «Eine Partei der Arbeiterklasse kann nicht nur vor der Machtergreifung unter die Kontrolle einer Arbeiteraristokratie geraten und zu einer bürgerlichen Partei entarten, zum Handlanger des Imperialismus werden; auch nach der Machtergreifung kann sie von neuen bürgerlichen Elementen beherrscht werden, zur bürgerlichen Partei degenerieren und zum Knecht des Imperialismus werden ... Solange der Imperialismus in der Welt besteht, kann man offensichtlich nicht sagen, daß in den sozialistischen Staaten die Gefahr der Restauration des Kapitalismus bereits beseitigt ist.»

In der *Deutschen Demokratischen Republik*, der ich dank der Mithilfe von Freunden in der Schweiz und in Ostdeutschland kürzlich wieder einen zweiwöchigen Besuch abstatten konnte, besteht eine solche Gefahr sicherlich nicht, wenn man an die Besitz- und Produktionsformen der Wirtschaft denkt. Die wichtigeren (und auch manche unwichtigen) Produktionsmittel sind dort Volks- oder Genossenschaftseigentum; die Wirtschaft wird planmäßig in den Dienst des

Gemeinwohls gestellt (oder soll es wenigstens sein); auch die gesellschaftlichen Einrichtungen (wie etwa der Gesundheitsdienst, das Bildungswesen, die Jugend- und Altersfürsorge, die Ferienmöglichkeiten) sind weithin Gemeinschaftsaufgaben geworden. Arbeitet aber die Planwirtschaft in der DDR auch wirklich gut? Wird sie von Menschen getragen, die von sozialistischem Geist erfüllt sind und Fehlplanungen, die bei der menschlichen Unvollkommenheit unvermeidlich sind, durch um so größere Hingabe an die Sache des Volkswohls gutzumachen verstehen? Niemand, der einigermaßen unterrichtet ist, wird hier mit einem uneingeschränkten Ja antworten können. Die Klagen, die — nicht etwa nur von Gegnern, sondern auch von überzeugten Anhängern einer sozialistischen Ordnung — über *vermeidbare* und oft schwere Mängel bei der Durchführung der Pläne vorgebracht werden, wollen nicht verstummen.

Um nur *ein* Beispiel herauszugreifen: Die Ordnung der *Bauwirtschaft* ist alles andere als befriedigend. Die Wohnungsmieten sind zwar erstaunlich niedrig, aber die Wohnungsnot ist weit davon entfernt, überwunden zu sein, so eindrucksvoll auch die vielen neuen schönen Quartiere sind, die besonders am Rande der Städte aufwachsen, und so großartige Entwürfe für Stadt- und Landschaftsplanung auch schon da sind. Die Zahl der neuerstellten Wohnungen (gegenwärtig rund 90 000 im Jahr) bleibt hinter dem Bedarf weit zurück. Und ihre Güte ist nur zu oft höchst zweifelhafter Art; die Folge ist ein ständiger großer Abgang an nicht mehr bewohnbaren und dringend ausbesserungsbedürftigen Häusern, was wiederum die Erstellung von Neuwohnungen verzögert. Offenbar spielt hier das Verlangen nach Planerfüllung auch auf Kosten einer gediegenen Arbeit eine erhebliche Rolle. Aber die Bauwirtschaft scheint eben überhaupt mangelhaft geordnet zu sein: ungenügende Zusammenarbeit der einzelnen Produktionszweige, unfähige Beamte, wirklichkeitsfremde Verfügungen vom grünen Tisch aus, oft auch geringe Ergiebigkeit der Arbeit (zum Beispiel im Vergleich zur Bundesrepublik, aber auch zur Sowjetunion) und so weiter. Daß man «oben» allmählich ernsthaft diesen Mängeln abzuhelfen sucht, ist erfreulich, zumal der Wohnungsbau an und für sich lange Zeit eher ein Stiefkind der Planwirtschaft gewesen ist. Aber es wird schon noch etwelcher Tatkraft und «goldener Rücksichtslosigkeiten» bedürfen, bis die guten Absichten der Zentralen auch «unten» wirksam werden . . .

Vom sozialistischen Geist Daß eine sozialistische Planwirtschaft auf gute und reichliche Güterversorgung ausgehen muß, ist selbstverständlich; darin unterscheidet sie sich nicht von der kapitalistischen Profitwirtschaft. Sie muß sich aber wesentlich von der bestehenden Wirtschaftsform unterscheiden, wenn es sich um die Frage handelt, mit welchen *Mitteln* Höchstleistungen in der Gütererzeugung erzielt werden sollen — oder sie ist

eben keine echte sozialistische Wirtschaft mehr. Auch ein sozialistisches Regime kann nicht sofort auf das überkommene Lohnsystem und auf materielle Antriebe zu Höchstleistungen verzichten. Aber es wird diese Einrichtungen doch nur als Notbehelf gelten lassen, als ein unvermeidliches Übel, das von der kapitalistischen Vergangenheit her noch mitgeschleppt werden muß, bis sich die Arbeitsergiebigkeit unter der neuen Besitz- und Produktionsordnung entscheidend erhöht und die durch eine materialistisch-selbstsüchtige Lebensform verdorbene menschliche Natur sich zu gemeinnützigem, geistig-sittlichem Streben gewandelt hat. Die *Erziehung zu sozialistischer Sittlichkeit* — Gemeinsinn, gegenseitige Hilfe, Solidarität, Menschlichkeit, Freiheitswillen —, die fortschreitende Überwindung kapitalistischer durch sozialistische Antriebe müßte so ein Hauptanliegen jedes sozialistischen Regimes sein, das diesen Namen verdient.

Daß in Jugoslawien von solcher Umerziehung nichts zu bemerken ist, stellen alle unabhängigen Besucher des Landes immer wieder fest. Ist es in der DDR viel besser? Ich habe nicht den Eindruck. Was ich vom Leben und Treiben in den Fabriken weiß mit seiner «Normerfüllung», Antreiberei und Eifersüchtelei, vom Schul- und Hochschulbetrieb, von der Freizeitgestaltung, überhaupt vom Alltag der Menschen verschiedenster Standes- und Berufszugehörigkeit, das ist nicht allzu ermutigend. An guten Grundsätzen und Programmen fehlt es gewiß nicht, und immer wieder stößt man auch auf erfreuliche Verwirklichungen der oft recht hoch gestellten menschlichen Anforderungen, aber im ganzen genommen denken und verhalten sich die Menschen in der DDR genau so «bürgerlich»-individualistisch wie in der kapitalistischen Gesellschaft. Und das bedenklichste ist, daß auch das Regime für den Gegensatz von sozialistischer und bürgerlich-kapitalistischer Gesinnung und Lebensform oft ein sehr wenig geschärftes Auge hat.

Ein Beispiel. Die Spitzengestalten in Wissenschaft und Technik, Wirtschaft und Politik, Literatur und Kunst werden nicht nur mit hoch bemessenen einmaligen Nationalpreisen geehrt; sie beziehen auch Normaleinkommen von einer solchen Höhe, daß sie sich ein eigentliches Luxusleben mit geräumigen Villen, verschiedenen Autos, Chauffeur, Gärtner, Hausangestellten usw. leisten können und auch leisten sollen. Ein in der letzten Zeit vielgenannter Gelehrter, der wegen politischer Unbotmäßigkeit seines Hochschulamtes entsetzt wurde, hat nun einen langfristigen Forschungsauftrag bekommen, der ihm monatlich mindestens 5000 DM bar abwirft. Als ich aber im Gespräch mit einem Parteibeamten solche Einkommen — und es werden, wie er mir sagte, noch erheblich höhere Gehälter bezahlt — als unsozialistisch bezeichnete, verteidigte er sie sehr entschieden als notwendigen Antrieb zu Höchstleistungen und durchaus dem marxistischen Grundsatz «Jedem nach seinen Leistungen» entsprechend, zumal es sich ja hier nicht um arbeitsloses Einkommen wie oft in der bürgerlichen Gesell-

schaft handle; für die Volksgesamtheit mache sich diese «Lohnpolitik» jedenfalls glänzend bezahlt.

Nun kann man ja sagen, man müsse doch auch unter dem Sozialismus die Menschen nehmen, wie sie sind, nicht wie sie einmal (vielleicht) sein werden. Und inzwischen müsse man eben durch allumfassende, großzügige *Massenbeeinflussung* von oben her wie durch ein straffes System obrigkeitlichen Zwanges und Befehls — sagen wir ruhig: durch die bekannten Mittel einer folgerichtig ausgebauten *Diktatur* — das Denken, Fühlen und Handeln der Bürger (oder Untertanen?) nach Wunsch formen und lenken. In Wahrheit ist aber alle Propaganda und aller (feiner oder gröber ausgeübte) staatliche oder gesellschaftliche Zwang kein Ersatz für eine frei gewonnene Überzeugung, am wenigsten wenn dadurch Treue zu einem sozialistischen Regime gepflanzt werden soll. Man wird auch in der DDR erkennen müssen, daß mit solchen Mitteln die Aufgabe, der neuen Ordnung eine haltbare *Vertrauensgrundlage im Volk* zu schaffen, nicht gelöst wird, die hier bestehenden Schwierigkeiten vielmehr nur vermehrt und verlagert werden.

Ich war während der Pfingsttage in Ostberlin Zeuge des großen «Deutschlandtreffens der Jugend», das auch aus der Bundesrepublik und aus Westberlin beschickt wurde. Die beiden Riesenkundgebungen, die in seinem Mittelpunkt standen — mächtige Vorführungen im Sportstadion und ein fast fünfstündiger Vorbeimarsch von 25 Kolonnen Jungvolk vor der Regierungstribüne auf dem Marx-Engels-Platz —, waren glänzende Schauspiele und erstaunliche Organisationsleistungen. Aber trotz aller Fröhlichkeit und Begeisterung, die dabei herrschte, fragte ich mich, ob hinter der Schlagzeile, die man dann nachher in der Presse fand: «Mit dieser Jugend ist der Sieg des Sozialismus gewiß», auch eine glaubhafte Wirklichkeit stehe. Schließlich brachten auch die Nazi solche Jugend- und Volkskundgebungen fertig — und was das Ende war, kann man noch heute an den Kriegsruinen sehen, die hart neben dem Marx-Engels-Platz gespenstisch aufragen ... Ich zweifle jedenfalls, ob mehr als 50 Prozent der aufmarschierten Jugendlichen als einigermaßen zuverlässige Stützen des DDR-Regimes angesprochen werden können. Innerhalb der Gesamtbevölkerung sind es nach eher wohlwollenden Schätzungen kaum 30 Prozent, die lieber in der DDR als in der Bundesrepublik leben wollen, sei es nun, daß sie aus freigewonnener Überzeugung sprechen, sei es, daß sie durch Erziehung, Propaganda und sonstige planmäßige Beeinflussung zu ihrer Auffassung gekommen sind. Sicher die Hälfte der Bevölkerung ist *gegen* das bestehende Regime (auch nicht wenige Anhänger einer grundsätzlich sozialistischen Ordnung). Der Rest sind gleichgültige Mitläufer, wie es sie überall gibt.

Die Wirksamkeit der Massenbeeinflussungsmittel soll keineswegs unterschätzt werden; dem allgegenwärtigen Apparat für Gesinnungsbildung, den Schule, Presse, Radio und Fernsehen, Kino, Literatur,

Militär, Sport- und Massenorganisationen verschiedenster Art darstellen, kann sich kaum einer entziehen. Und es fängt natürlich schon ganz unten, bei den schulpflichtigen Kindern, an; ein Lesebuch für die dritte Klasse, das ich durchblätterte, ist sozusagen von der ersten bis zur letzten Seite auf Propaganda eingestellt. Rechnet man dazu die Wirkungen des äußerst straffen und anspruchsvollen Hochschulbetriebs, so wird man zugeben müssen, daß im Laufe von zwei oder drei Jahrzehnten nicht nur eine breite Schicht regimetreuer Intellektueller herangebildet wird, sondern eine Volksmehrheit entstehen kann, die bürgerlich-kapitalistischen Lebensformen gänzlich entfremdet sein wird.

Aber zwei verheerende Folgen dieser ganzen Massenlenkungsmaschinerie werden eben doch bleiben. Wenn sie ihren Zweck erreicht, entwöhnt sie die Menschen des eigenen Denkens und der ständigen Auseinandersetzung mit fremden Gedanken — der sichersten Methode also, zur Wahrheit zu kommen und sie in sich zu festigen. (John Stuart Mill, der klassisch-liberale Engländer, hat darüber Endgültiges gesagt.) Erreicht sie aber ihren Zweck doch nicht, so erzieht sie die Menschen zu Heuchlern, Strebern und grundsatzlosen Anpassern, die reines Gift in einem sozialistischen Volkskörper sind. Ich möchte wahrlich nicht, daß die DDR früher oder später ihm zum Opfer fällt.

Und ich hoffe, daß meine Aussetzungen am Diktaturbetrieb in der DDR auch nicht mit der billigen Behauptung abgetan werden, sie leiteten Wasser auf die Mühle der Gegner des Sozialismus und der Friedenssache. Ich bringe sie umgekehrt gerade aus Liebe zum Sozialismus und zur Sache des Völkerfriedens vor, in der Überzeugung, daß ein fortschreitender Abbau des Diktaturapparats trotz den Gefahren, die damit verbunden sind, der neuen Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, wie sie in der DDR im Aufbau begriffen ist, unvergleichlich mehr innere Kraft und Festigkeit geben wird als alle äußeren Zwangs- und Abwehrmaßnahmen. Nur so wird die Deutsche Demokratische Republik die ihr geschichtlich zugefallene Aufgabe erfüllen können, den Grund für eine sozialistische Volksgemeinschaft in einem wiedervereinigten Deutschland zu legen und einen sicheren Damm gegen den westmächtlich-westdeutschen Imperialismus und sein Anbranden wider die neue Welt des Ostens zu bilden.

10. Juni *Hugo Kramer*